

Rheingauer Bote.



Rüdesheimer Zeitung.

Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 145

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit Illustr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Mittwoch, den 11. Dezember

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Arbeiten — oder wir gehen zugrunde!

Der Staatssekretär des Reichsheimatamts, ungsamtes Koeth erklärte einem Vertreter des „Vorwärts“: Es scheint, daß die meisten von uns sich den fürchterlichen Ernst an erer wirtschaftlichen Lage noch nicht hinreichend klar machen. Wir wandeln an Abgründen, die uns täglich zu verschlingen drohen, und nur größtes Pflichtbewußtsein, stärkste Arbeitsanspannung, eiserne Disziplin aller können das Volk retten. Gesingt es uns nicht, der Volksgesamtheit Nahrung, Licht, Wärme, Unterkunft, Kleidung zu liefern, sie trotz der ungeheuren erschwerten Verhältnisse überall ohne Unterbrechung mit dem zu versorgen, was sie dringend zum Leben braucht, dann sind wir verloren, dann haben wir zuerst Hunger, Anarchie, Bürgerkrieg, Zerfall des Reiches und nachher die Invasion rücksichtsloser Feinde. Jeder Mann muß wissen, daß er jetzt ganz persönlich die Mitverantwortung trägt für Sein oder Nichtsein unseres Volkes und in erster Linie auch seiner selbst. Vor allem muß jeder arbeiten, — sonst gehen wir zugrunde. In der letzten Zeit ist vielfach die Arbeitsleistung gesunken. Das ist im Angesicht der ungeheuren Ereignisse begreiflich, aber wir können es uns einfach nicht leisten. Jeder muß sich aus Erregung, Ablenkung oder Anlauf herausreißen und unermüdet seine Pflicht tun. Wenn z. B. ein Arbeiter, der Rohstoffe, Halbfabrikate oder Nahrungsmittel erzeugt oder transportiert bewegt, nicht mithilft, dann kann das bedeuten, daß an anderen Stellen Volks- und Arbeitsgenossen brotlos werden, hungern, frieren. Es müssen auch jetzt Arbeitseinstellungen unbedingt vermieden werden; jeder Streik kann uns unmittelbar in die Katastrophe hineinreißen. Wenn wir keine Kohle mehr haben, weil die Kohlenarbeiter streiken, liegen die Betriebe still, ruht der Eisenbahnverkehr, können wir keine Lebensmittel und keine Heizstoffe mehr befördern. Das wäre das Ende, wäre der Tod für die Volksgemeinschaft und für zahllose einzelne Volksgenossen. Es wird jetzt auch nicht gestreift werden müssen, denn die Vertretungen der Arbeiter sind heute stark genug, um jede wirtschaftlich überhaupt mögliche Forderung durchzusetzen. Auf jeden kommt es heute an; jeder kann mitwirken, das Volk zu retten, oder kann dazu beitragen, es in unfähiges Elend hinabzustößen. Ich glaube an die deutschen Arbeiter, ich glaube, daß sie beonnen, vllähtren und unermüdet aus der Not von heute dem Volke zu einer besseren Zukunft helfen werden.

Rüdesheim, den 10. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Ein Aufruf des Prinzen Max von Baden.

Wenn die unserm Volke angetane Schmach ebenso heftig in der Seele brennt wie mir, der erbe in Wort und Schrift seine Stimme gegen die unerhörte Vergewaltigung, die feindliche Nachhut und Siegedrunktheit über die Heimat verhängt haben durch Anferlegung erniedrigender Waffenstillstandsbedingungen, die unser nationales Leben in seinen Grundfesten bedrohen.

Er mahne den Präsidenten der Vereinigten Staaten an sein gegebenes Wort, einen Rechtsfrieden zu wollen und einen Völkerverbund zu erstreben, in dem sich Deutschland wie jedes andere Land und Volk seiner Eigenart entsprechend unter Wahrung seiner Lebensbedingungen ungehindert entfalten kann.

Er weise daher den Präsidenten mahnend hin auf die historischen und tatsächlichen Grundlagen, auf denen Deutschlands Dasein ruht und deren Verletzung dieses Dasein und die Berechtigung gleichermäßen gefährden würde.

Er zeige dem deutschen Volke, welches durch die Wucht der plötzlich hereingebrochenen Ereignisse wie gelähmt sein Schicksal erwartet, daß es jetzt

unbedingt nötig ist, seinen nationalen Sinn und seine Ehre zu wahren und würdig seiner Größe und Bedeutung als freies Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und Lebensmöglichkeit zu fordern.

Unsere Vöffen sind uns aus der Hand geschlagen, aber der deutsche Geist und der deutsche Charakter leben noch. Mit ihnen müssen wir Deutschlands Ansehen und Selbständigkeit bis zum äußersten verteidigen, uns selbst die Treue wählend, wie unsere tapfere Armee bis zum letzten Augenblick ihren die Heimat vor feindlichem Einfall behütet hat.

J. R. Baden-Baden, im November 1918.
Max Prinz von Baden.

Nicht verzagen!

Drübe Beiten sind über uns hereingebrochen. Draußen im Felde war uns das Kriegsglück nicht günstig. Die Hoffnung, daß uns das Jahr 1918 den entgültigen Sieg und einen ehrenvollen Frieden bringen werde, hat sich als eitel erwiesen.

Dazu kommen noch recht unerfreuliche Dinge in der Heimat. Allerlei Vaster machen sich breit. Vor allem droht eine unbändige Habgucht in der abenteuerlichen Form des Kriegswuchers für das ganze Volk in ihre Ketten zu schlagen. Es ist wirklich ein Jammer, mit ansehen zu müssen, wie einigen Tausenden das Geld nur so zum Fenster hereinregnet, während Millionen harte Tage durchkosten müssen. Jedem, der sein Vaterland liebt, legen sich da tieftraurige Gedanken um die Seele. Er fragt sich bekümmert: Soll es denn Abend werden mit unserem Volke? So kann es nicht weitergehen.

Dieser Tage ging ich über Land. Da bot sich mir folgendes Bild: Eine Bauersfrau, deren Mann vielleicht draußen im Schützengraben steht, vielleicht auch schon begraben ist, aderte mit zwei kräftigen Ochsen. Kunstgerecht war sie gerade den Pflug herum, als ich vorüber kam, um eine neue Furche zu ziehen, die die Herbstsaat aufnehmen sollte.

Was mag wohl, fragte ich mich, ein solches armes Weib aufrecht halten, mitten in ihren taufend Mühen, daß sie ruhig und ergeben eine Arbeit verrichtet, die sonst die volle Kraft eines Mannes erfordert? Ich glaube, ein doppelter Gedanke besetzt sie. Der an Gott und das Vaterland.

Wir haben aus Gottes Hand viele schöne und gute Tage entgegengenommen. Und wenn jetzt einmal der Himmel sich mit schwarzen Wolken überzieht, feurige Däbe zucken, Stürme heulen und Plagregen wüchtig niederfallen, sollen wir darüber gleich ungeduldig werden? Wir wissen, die Regierung der Welt liegt in Gottes Hand; ihr müssen wir uns unterwerfen in guten wie in schlimmen Tagen. Ist also alles Murren und Klagen nicht ein Aufbäumen gegen seine heiligen Anordnungen? Werfen wir ihm nicht dadurch in versteckter Weise Bosheit oder Unfähigkeit vor? Sehen wir, daß nicht alles nach unserem Wunsch und Willen geht, so müssen wir unsere Gedanken über die menschliche Armut emporkommen zu jenem, der drohen am Steuerruder sitzt und die Weltgeschichte lenkt nach den Gesetzen ewiger Weisheit. Er weiß auch, das Böse zum Guten zu lenken. — Sehen wir auf böse Menschen ihre schlimmen Wege gehen, so müssen wir bedenken, daß Gott nicht bloß das zarte Lamm erschaffen hat, sondern auch den reißenden Wolf. Auch er hat seine Aufgabe im Plane der göttlichen Vorsehung. Wir dürfen uns schützen vor ihm, aber ja nicht ihm ähnlich werden. Schließlich ist es besser, Unrecht leiden als Unrecht tun. Und noch ein Stern muß uns leuchten in diesen trüben Tagen. Es ist der Gedanke an das Vaterland. Man muß es den Menschen unserer Tage wieder sagen, daß das Vaterland nicht bloß Opfer von uns fordert, sondern wir diesem so viel verdanken, wie das Kind der treuen Mutter. Der einzelne Mensch ist hilf- und wehrlos. Nur die Verbindung mit anderen macht ihn groß und stark.

Wer also seinem Vaterland dient, übt nicht bloß Nächstenliebe in schönster Weise, sondern er nützt auch sich selbst. Die Liebe zur Heimat-erde und zu den Stammesbrüdern muß sich aber nicht bloß zeigen, wenn die Sonne des Glückes über die heimischen Gänge lächelt, sondern sie muß sich erst recht bewähren, wenn Schicksalsschläge über sie gekommen sind. So haben es unsere Vorfahren in ungleich traurigen Zeiten gehalten. Mutige Dingabe an die große Sache des Vaterlandes vermag Wunder zu vollbringen. Die Erde bietet uns zur Zeit wenig Trost. Widrige Geschicke und böse Menschen! Deshalb empor die Herzen aus der irdischen Armutigkeit! Gott ließ Zeiten der Prüfung über uns kommen. Bewähren wir uns in ihnen! Das bedrängte Vaterland braucht jede Hand. Verzagen wir ihm nicht die unserige!

Kein diplomatischer Verkehr der Entente mit der revolutionären Reichsleitung

Berlin, 7. Dez. Die Regierungen der Entente haben, wie das „A. Z.“ erfährt, seit vier Wochen, also seit Beginn der Revolution, jeden direkten diplomatischen Verkehr mit der Reichsregierung oder den einzelstaatlichen Regierungen Deutschlands vermieden. Auch eine Mitteilung darüber, daß die Entente die deutsche Schiffsahrt in der Ostsee nicht mehr zulassen wird, ist in Berlin nicht eingetroffen, wohl aber hat man die dänische Regierung amtlich davon benachrichtigt.

Arbeiten für vier Milliarden

Berlin, 7. Dez. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat, wie der „Vorwärts“ erfährt, zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit öffentliche Arbeiten im Werte von vier Milliarden Mark in Aufruf gegeben. Auf dem Gebiete der Eisenbahnverwaltung ist an Fahrzeugen und Lokomotiven neben dem laufenden Bauauftrag dieses Jahres der volle Bedarf für 1919, insgesamt etwa für 1½ Milliarden, an sonstigem Material und Gerät für etwa ½ Milliarde, für Bauarbeiten wieder 1½ Milliarden in Bestellung gegeben worden. Bei der Ausführung dieser Aufträge sind auch neben den Großbetrieben Kleingewerbe, Handwerk und Handel beteiligt worden.

Stürmische Versammlung in Berlin

Berlin, 9. Dez. Zu einer stürmischen Kundgebung kam es am Sonntag in einer Versammlung des Allgemeinen deutschen Bankbeamtenvereins, die nach dem Ruf des Busch einberufen war. Als erster Redner sprach das Mitglied der Reichsregierung Barth. Er teilte mit, daß er sich den ganzen Tag ausschließlich mit der Untersuchung des Botsches vom Freitag beschäftigt habe. Die Wochenachrichten gingen sehr weit hinaus, und die Schuldigen wurden rücksichtslos nach der abschreckenden Theorie beklagt worden; man werde niemand nach Holland flüchten lassen. Als Barth dann erklärte, daß alle revolutionären Versuche von rechts kommen, während die Spartakusgruppe nicht daran denke, Ruhe und Ordnung zu stören, erfolgte stürmischer Widerspruch. Der Redner warf dem Bürgertum vor, daß es ganz Deutschland gegen Berlin aufhebe. Der getreueste Sekundant dieser Bestrebungen sei der „Vorwärts“. Hier ertönten laute Zwischenrufe. Sie sind ein Lügner! Sprechen Sie zur Sache! Es entstand ein fürchterlicher Lärm, als Barth die Zwischenrufe als Regel bezeichnete. Unter großer Unruhe erklärte er dann noch, wenn die Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit erhalte, würden alle Erzeugnisse der Revolution zugrunde gehen. Der Bankbeamte Marx betonte, daß die Hauptforderung der Bankbeamten die lebensfähige Arbeitszeit sei, sowie die Einführung von Mindestgehältern mit kassellweisen Zulagen. Andere Redner verlangten die Schaffung einer Einheitsorganisation der gesamten Beamtenchaft. In einer Entschließung sprach sich die Versammlung für diese Forderungen aus und versanate außerdem, daß bis zum 1. April keine Entlassungen bei den Banken stattfinden dürften.

Politische Verhaftungen in Berlin

Berlin, 9. Dez. In einem Aufruf an die Berliner Bevölkerung, den der Rat der Volkbeauftragten am Sonntag veröffentlichte, heißt es, daß der Aufruf zur Festnahme des Volkzugs-

rates dem Bizefeldwebel Fischer von einem gewissen
Marten und zwei Beamten des Auswärtigen
Amtes, dem Grafen Rautenbach und v. Rheinbaben,
erteilt worden ist. Ferner teilt der Aufruf mit,
daß die Verhaftung der Schuldigen angeordnet wor-
den ist. Inzwischen hat nun der Rat der Volks-
beauftragten ermittelt, daß nicht nur die mit
Namen angeführten Beamten des Auswärtigen
Amtes, sondern eine Reihe anderer Persönlich-
keiten als Urheber jenes Auftrages zu betrachten
sind, und daß der Zusammenkunftsort dieser
Gruppe, die an den Untertanen gegen den Voll-
zugsrat beteiligt war, ein Zimmer des Hotels
„Bristol“ (Mutter den Linden) war. Darauf wurde
am gestrigen Sonntag der Auftrag gegeben, das
Hotel abzusperren und niemand ein- und auszu-
lassen. In dem Zimmer Nr. 211 fand man
22 Personen, die der Verschwörung verdächtig er-
schienen und die sämtlich verhaftet wurden.
Soweit bisher bekannt wurde, befinden sich
unter ihnen mehrere Studenten, der erwähnte Herr
v. Rheinbaben, sodann ein jüngerer Prinz Hohen-
lohe und ein Dr. Sad. In einem anderen Zimmer
fand man 500 Gewehre, die beschlagnahmt
wurden. Eine weitere Durchsuhung der Räume
und Ermittlungen unter den Gästen ergaben
nichts Beliehendes.

Jam Putsch in Berlin

Von den gestern von Soldaten des Berliner
Sicherheitsdienstes im Hotel Bristol festgenom-
menen beinahe hundert Personen, die zum Poli-
zeipräsidenten gebracht wurden, sind nach länge-
rem Verhör alle, mit Ausnahme eines Assessors
Dr. Sad entlassen worden. Es hat sich herausge-
stellt, daß keinerlei Verschwörung in diesem Hotel
unternommen worden ist, sondern daß es sich um
die Bildung einer Studentenwehr handelte,
der ungefähr 500 Studenten der Berliner Uni-
versität angehören sollen, die sich bewaffneten,
um der Regierung für den Fall eines Putsches
zur Verfügung zu stehen. Es handelt sich um
keinerlei politische Organisation und irgend ein
Zusammenhang mit den Personen, die die Ver-
haftung des Vollzugsrates verurteilt hatten, be-
steht nicht.

Die Sage in Berlin

Berlin, 10. Dez. Heute nacht wurde der
Fernsprecherverkehr bis früh 7½ Uhr ein-
gestellt. Die Gründe werden noch geheim ge-
halten. Auch die Telefonzentralen der großen
Berliner Hotels sind seit gestern militärisch besetzt.
Nach Versicherung der Viehnacht-Anhänger in den
gestrigen Spartakusversammlungen ist die
Viehnacht-Gruppe im angeblichen Besitz von
mehr als 50 Maschinengewehren. Zwei
Drittel der Arbeiterchaft der Berliner Munitions-
fabriken sollen sich für Viehnacht erklärt haben.

Spartakus droht

Berlin, 10. Dez. In einer gestrigen Ver-
sammlung der Spartakusgruppe wurde bekannt
gemacht, daß in spätestens 14 Tagen der Gene-
ralstreik in ganz Deutschland beginnen
werde. Die Verhandlungen mit den einzelnen
Ortsgruppen der Spartakusrichtung nähern sich
dem Abschluß. Der kommende Generalstreik
werde der erste Generalstreik mit der Bewaff-
nung des Proletariats sein.

Einberufung des Reichstages

Koblenz, 10. Dez. Oberbürgermeister Clo-
ckermann wies in einer Sitzung des Arbeiterrates
die kultur- und religionsfeindlichen Bestrebungen
des Kultusministers Hoffmann zurück und be-
dauerte, daß dadurch die Loslösungsbestrebungen
in den Rheinländern gefördert würden. Er teilte
dann mit, aus vollkommen sicherer Quelle habe
er erfahren, daß Frankreichs Absichten auf die Einber-
ufung des ganzen linken Rheinufers hin-
zielen, und daß diese Forderung der Franzosen
von den Belgiern und Italienern unterstützt werde,
während England ihr keine Hindernisse in den Weg
lege. Nur Amerika werde vielleicht dagegen sein.
Es bestehe die große Gefahr, daß wir einen Diktator-
frieden bekommen. Deshalb müsse man un-
bedingt dafür sorgen, daß die jetzige Reichsregie-
rung offiziell vom deutschen Volke anerkannt
werde. Ehe das durch die Nationalver-
sammlung geschehen könne, sei es vielleicht schon
zu spät. Es bleibe also nur noch ein Ausweg: Den
Reichstag möglichst bald einzuberufen mit der
Tagesordnung: Anerkennung der jetzigen
Reichsregierung. Der Reichstag könne
aber unmöglich in Berlin zusammentreten, weil er
dort unter den jetzigen Verhältnissen nicht frei ar-
beiten könne. Er habe daher den Vorschlag ge-
macht, ihn nach Koblenz oder Kassel einzuberufen,
wo die letzte Wahlakt sei, in Sicherheit zu tagen.
Oberbürgermeister Clockermann hat dementspre-
chend folgendes Telegramm an die Reichs-
regierung und an den Reichstagspräsidenten
gehört und abgelesen: Weiße Kreise des Rhein-
landes hatten die Einberufung des alten Reichs-
tages nach Kassel oder Koblenz zur Anerkennung
der jetzigen Reichsregierung bis zur Einberufung
der konstituierenden Nationalversammlung für
unbedingt erforderlich, damit der Entente gegen-
über legitimierte Vertreter des Deutschen Reiches
für die Friedensverhandlungen vorhanden sind.

Demokraten und Unabhängige

Leipzig, 10. Dez. Eine von der Leipziger De-
mokratischen Volkspartei am Montagabend
abgehaltene Versammlung im Krügel-Palast ist
von den Unabhängigen gestört und ge-
sprengt worden. Bei Beginn der Ansprache leiterte
eine Gruppe von Soldaten und Matrosen mit dem
Leutnant Dr. Geber an der Spitze auf das Podium.
Es kam zu einer allgemeinen Schlägerei, und die
Bürgerlichen wurden in den Saal hinuntergedrängt, wo

bei es nicht ohne Verletzungen abging. Sogar Gegen-
stände, z. B. eine gefüllte Wasserflasche, wurden zwi-
schen die Anwesenden geworfen. Die Bürgerlichen ver-
ließen darauf den Saal, worauf der „Sieger“ die vor-
genannten Flugblätter der Demokratischen Partei unter
Hohn- und Schmähreden verbrannte.

Ein verurteilter Putsch in Hamburg

Berlin, 9. Dez. Der Arbeiter- und Sol-
daterrat Hamburg hat ein Flugblatt verteilt
lassen, in dem es u. a. heißt: Eine Gruppe politi-
scher Abenteuerer hat für die Nacht zum Montag
die Verhaftung der führenden Mitglieder des Ar-
beiter- und Soldatenrates und anderer im Vorder-
grund stehender Revolutionäre beschlossen. Ein
Flugblatt sollte in ungeheurer Stärke verbreitet
und irreführende Soldaten sollten zum Schaden
mißbraucht werden. Das Verhängnis wurde
ausgelöst. Wie dem Berl. Volksblatt aus
Hamburg gemeldet wird, sind dort auf Grund der
Mitteilungen dieses Flugblattes verhaftet worden:
der Redakteur A. P. vom „Hamburger Korrespon-
dent“, die Redakteure Preuß und Volk, ehe-
mals Mitglieder der Presseabteilung des Arbeiter-
und Soldatenrates, das ehemalige Mitglied des
Arbeiter- und Soldatenrates Belle, der Rechts-
anwalt Dr. Hansen und der ehemalige fort-
schrittliche Reichstagsabgeordnete B. L. u. d. Aus
beschlaggenommenen Papieren soll hervorgehen,
daß für den Putsch eine halbe Million bereit stand. Der
Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat verfügt
eine Verhaftung des Sicherheitsdienstes und wird
sich am heutigen Montag in einer Vollversamm-
lung mit diesen Vorfällen beschäftigen. Der Be-
rueh des „Hamburger Korrespondenten“ ist mili-
tärlich besetzt worden, auch ist die militärische Be-
setzung der anderen Hamburger Zeitungen be-
absichtigt.

Die mähmutigen Amerikaner

Bern, 4. Dez. Angesehene, in der Schweiz
lebende Amerikaner äußern sich sehr mähmutig über
Presse und Staatsmänner in Frankreich und Eng-
land, welche die Vereinigten Staaten kaum er-
wähnen, als vielmehr so gebärden, als ob der für
sie überraschend glückliche Ausgang des Krieges
allein der Schätigkeit und Ueberlegenheit ihrer
Heer- und ihrer Staatsmänner zuzuschreiben sei,
während die Amerikaner der Ueberzeugung sind,
daß die Mittelmächte ohne das Dazwischentreten
der Vereinigten Staaten den Krieg gewonnen
haben würden. Geradezu demütigend empfand
man in amerikanischen Kreisen das selbstherrliche
Auftreten des Marschalls Joch, der, wie man sagt,
eine Reiter Expedition in asiatischer Weise
wiederholte und offensichtlich bestrebt ist, der Politik
Wilson entgegenzuarbeiten, den General Pershing
und die in Frankreich befindlichen amerikanischen
Truppen als nicht vorhanden zu betrachten. In
den genannten Kreisen ist man der Meinung, daß
Joch, Clemenceau und ihre Anhänger damit rech-
nen, daß, noch ehe der Friede zustande kommen
werde, die republikanische Mehrheit ihren Einzug
in die Häuser des Kongresses in Washington ge-
halten haben würde, welche ein scharfes und un-
nachgiebiges Vergehen gegen Deutschland ver-
langt. Diese Berechnung sei doch irreführend, denn
wenn es sich um die Ehre und das Ansehen der
Vereinigten Staaten handele, so würde das ganze
Land geschlossen hinter dem Präsidenten stehen. In
Amerika wünsche man nicht, an Stelle des preußi-
schen Imperialismus einen englisch-französischen
zu setzen. Die Vereinigten Staaten seien mächtig
genug, um der Gerechtigkeit und einem wahren
Völkerfrieden zum Siege zu verhelfen, falls im
Inneren Deutschlands die Ordnung aufrecht erhal-
ten bleibe. Die Diktatur einer Klasse und das
Blutvergießen, russischer Zustände in Deutschland
würden die Vereinigten Staaten zwingen, zurecht
zu kommen mit Gewalt. Ordnung zu schaffen und
erst danach mit einer demokratischen geistlichen
Regierung Frieden zu schließen. In diesem Falle
würde es den Vereinigten Staaten allerdings
außerordentlich erwünscht werden, den imperialisti-
schen Reizungen gewisser Mächte einen Damm ent-
gegenzusetzen.

Die Entente und Deutschland

Böln, 10. Dez. Die „Böln. Volkszeitung“ erfährt
aus politischen Kreisen, daß der Bierverband be-
absichtigt, Truppen zur Verhütung der Polizei-
dienste nach Berlin zu schicken. In jedem Falle
ist mit der Möglichkeit eines einmar-
sches von Verbandsstruppen bestimmt zu rechnen.
Wie das Blatt weiter erfährt, wird in Kreisen der
Reichsregierung befürchtet, daß der Bierverband
ein Ultimatum stellen wird, daß auf einer ge-
eigneten Grundlage Ruhe und Ordnung wieder
hergestellt werden. Andernfalls sollen die Ameri-
kaner Berlin mit drei Armeekorps besetzen.
Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß dieses
Ultimatum des Bierverbandes sehr kurzfristig sein
wird, so daß die erst noch zu wählende Natio-
nalversammlung nicht abgewartet
werden kann. — Nach einer Meldung der „Berl.
Morgenpost“ ist Marschall Joch mit der Leitung
der gegebenenfalls notwendigen militärischen Maß-
nahmen gegen die deutsche Anarchie betraut wor-
den. Die Zusammenziehung von Truppen der
Alliierten an der deutschen Grenze dauert an.
„Echo de Paris“ schreibt dann, nach der Versicherung
Vichons im Kammerausschuß in Joch zum Ein-
marsch in Deutschland bereit. Die Frist der deut-
schen Volksherrschaft zähle nur noch einige Wochen.
„Daily Mail“ schreibt, daß man bei den Alliierten
nicht an die Aufnahme von Verhandlungen mit
der zurzeit ohne Machtmittel bestehenden deut-
schen Regierung rechne.

Wilson's Programm

Berlin, 10. Dez. Einige Stunden nach der
Abreise Wilson von Newport wurde von dem
Dampfer „George Washington“ nach Meldung der
„Voss. Ztg.“ aus Bern folgende Meldung des Kor-

respondenten der „United Press“ drahtlos über-
mittelt: Der Präsident begibt sich nach Europa,
um die Ideale der Amerikaner zu vertreten und
für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der
Friedenskonferenz wird der Präsident auch auf
Freiheit der Meere und der allgemeinen Abrüstung
bestehen. Auf das dreijährige Flottenprogramm
der Vereinigten Staaten gesteht, beabsichtigt er,
anzukündigen, daß kein Post auf die Kor-
bererschaft auf dem Meere Anspruch haben
dürfe, und daß, wenn andere Völker ihr Flotten-
bauprogramm nicht einschränken, die Vereinigten
Staaten das übrige erhöhen müßten. Der Präsi-
dent geht von der Ansicht aus, daß die Meere von
der ganzen Welt bewacht werden müßten. Diese
Vorsicht, die selbstverhändlich nicht ohne Zustimmung
des Präsidenten Wilson abgeschickt werden
konnte, erregte in Frankreich sowohl wie in Eng-
land ungeheures Aufsehen.

Zur Verlängerung des Waffenstillstandes

Berlin, 9. Dez. Am 12. Dezember werden in
Trier die Besprechungen der Waffenstillstands-
kommission fortgesetzt. Trier ist jetzt von den
Amerikanern besetzt, aber man nimmt an, daß bis
zum 12. Dezember das Oberkommando der
Alliierten dort eintrifft.

Entente-Ultimatum an Deutschland?

Genf, 9. Dez. Wie der „Temps“ berichtet,
liegt eine Note der Alliierten an Deutschland auf
sofortige Auflösung der gesamten A- und S.-Räte
der Pariser Konferenz zur Beschlussfassung vor. Die
Note, die nach Eintreffen Wilsons verabschiedet wer-
den soll, stellt eine vierwöchige Frist zur Wiederein-
setzung rechtsmäßiger Behörden, nach deren Ablauf
die Alliierten selbst die Bekämpfung des Bolschewi-
smus in Deutschland unternehmen würden.

Hamburg, 8. Dez. (B. V.)

Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, daß vom 1. Januar ab
der Religionsunterricht in allen öffent-
lichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehe-
maligen hamburgischen Staates fortfällt. Auch die
Schulandachten sollen unterbleiben. Es bleibt un-
benommen, den Religionsunterricht außerhalb der
Schule erteilen zu lassen.

Protesthagel gegen Adolf Hoffmann.

Die Proteste gegen die Maßnahmen des preu-
ßischen Kultusministers Adolf Hoffmann, werden
immer zahlreicher. Außer den katholischen Bischöfen
hat jetzt, wie wir erfahren, auch der evangelische
Oberkirchenrat für die evangelische Landeskirche der
älteren Provinzen eine Rechtsvermahnung gegen eine
Änderung des bestehenden Verhältnisses von Kirche
und Staat eingelegt. Auch gegen die vom Kultusmini-
sterium verfügte Aufhebung der geistlichen Ortschul-
inspektion wenden sich die katholischen Bischöfe. Sie
weisen in ihrer Eingabe darauf hin, daß schon die
frühere preußische Regierung trotz ihrer stets erneuten
Einsprüche kein Bedenken getragen hat, den Einfluß
der katholischen Kirche auf die Volksschulen immer
mehr zu unterbinden, indem sie in steigendem Umfang
den Geistlichen die Ortschulaufsicht entzog und nur
noch selten Geistliche als Kreischulinspektoren an-
stellte. Wenn jetzt kurzer Hand der letzte Rest der
geistlichen Ortschulinspektion beseitigt werden solle,
so können die preußischen Bischöfe nicht umhin, gegen
diese neue Vereinträchtigung des unveräußerlichen
Rechtes der Kirche auf die Volksschule feierlich zu
protestieren, zumal diese Maßnahme getroffen werde
von einer nur vorläufigen Regierung.

Neueinteilung des Reichsgebietes?

Berlin, 9. Dez. Der Vollzugsrat teilt mit:
Im Zusammenhang mit den häufiger auftretenden
Gerüchten von Loslösungsbestrebungen deutscher Ge-
biete wird gemeldet, daß bereits ein Plan ausge-
arbeitet wird, wie das Reichsgebiet sich neu gliedern
soll, und zwar soll die Neueinteilung auf Grund
einer wissenschaftlichen Untersuchung der einzelnen
Staaten nach Wirtschaft und nach Stämmen beab-
sichtigt sein, deren Verfasser Ledebour ist. Der
Minister des Innern wird bezüglich Preußens der
Frage schon in den nächsten Tagen näher treten.

Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht.

Schweizer Grenze, 9. Dez. Im Laufe seiner
in Dundee gehaltenen Rede erklärte der Bewaffnungs-
minister Winston Churchill, daß die Vertreter der
britischen Regierung auf der Friedenskonferenz die
gleichzeitige Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht
in ganz Europa verlangen. Addison, Minister für
den Wiederaufbau, äußerte sich in analogem Sinne
und fügte bei, daß die Mächte sicher dem uner-
wünschten Bestreben Einhalt gebieten werden.

Die Besetzung der Gebiete.

Berlin, 9. Dez. Die im linksrheinischen Ge-
biet beheimateten Wehrpflichtigen dürfen, auch wenn
sie im Besitz der Entlassungspapiere sind, das be-
setzte Gebiet nur in Zivilkleidung betreten, sonst wer-
den sie als Kriegsgefangene betrachtet.

Ludw
die Rhein
weiteres o
sends 11
son 11 M
niemand
und Kerz
halten.
saffees is
elektrische
so entricht
Sopots
ber Lu
Berlan
ung des
Das fran
herberliche
insbesonde
hoch trä
ortung,
nach dem
Oberbürge
kommand
Ludwigsbe
nortlich
gruppen
nach dem
Belastung
entlohn
berechnet.
Londo
mlänglich
er Trup
ige Mit
nahme der
durch Deu
gut tun, si
vor Augen
Main
der Eisenb
französisch
bahnhof an
soplah A
Klingendem
trafen noc
mobilitäon
Aufst-ung
Besagung
Der V
zuverlässig
schränkung
teilen Raß
Nach
das 21. A
besetzen.
Bereite
wurden die
unter den
„Solländis
Von
eine Abteil
Uhlborn
in Hotels.
Der
morgens
Kassel ist
Der
verfloßene
an franz
Bachthäu
Bojonett,
Auch an
anderen
Der
Worms
ist seit d
Uebernahm
französisch
Franz
Wiesbade
Pläße sin
Engli
baben al
genomme
Hauptqu
Der
Röln-Deu
furt ist n
Es wird
Brücken
einige T
brücken i
Mainz u
bis auf

Ludwigshafen. Amtlich wird mitgeteilt. Die Rheinbrücke bleibt für den Verkehr bis auf weiteres offen. Der Straßenbahnverkehr ist bis abends 11 Uhr westeuropäischer Zeit zugelassen. Von 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens darf niemand auf der Straße zeigen. Ausgenommen sind Ärzte und Bedienten, die einen Ausweis erhalten. Die Polizeistunde für Wirtschaften und Kaffees ist auf 10 Uhr abends festgesetzt. Die elektrischen Straßenbahnen müssen ihre Fahrt einstellen, daß sie bis 11 Uhr abends in ihre Depots in Ludwigshafen eingefahren sind oder über Ludwigshafener Gebiet verlassen haben. Versammlungen dürfen nur mit Genehmigung des Truppenkommandos abgehalten werden. Das französische Besatzungskommando hat erwidert, daß die Zufuhr von Lebensmitteln, insbesondere von Schmalz, in Aussicht gestellt, doch trägt der Oberbürgermeister die Verantwortung, daß von diesen Lebensmitteln nichts nach dem rechtsrheinischen Gebiet kommt. Der Oberbürgermeister ist dem französischen Stadtkommando für die politische Diktung der in Ludwigshafen erscheinenden Zeitungen verantwortlich. Bei Streitigkeiten zwischen Besatzungstruppen und Zivilisten werden die Streitigkeiten nach dem französischen Kriegsrecht bestritten. Die Besatzungstruppen werden mit deutschem Sold entlohnt. Die Reichsmark wird zu 70 Centimes berechnet.

London, 9. Dez. „Daily Chronicle“ schreibt mäßiglich der Besetzung Kölns: Der Aufenthalt unserer Truppen kann kurz oder lang sein. Das einzige Mittel, ihn abzukürzen, wird die schnelle Annahme der gesamten Friedensbedingungen der Entente durch Deutschland sein. Das deutsche Volk wird gut tun, sich dies während der jetzigen Umwälzung vor Augen zu halten.

Die Franzosen in Mainz.

Mainz, 10. Dez. Gestern Mittag kamen mit der Eisenbahn von Münster a. St. etwa 1000 Mann französischer Truppen (Inf.-Regt. Nr. 154) im Hauptbahnhof an. Nachdem die Truppen auf dem Bahnhofplatz Aufstellung genommen hatten, zogen sie unter klingendem Spiel nach der Allee-Kaserne. Weiter trafen noch 200 Radfahrer und eine Anzahl Automobillanonen ein; von den letzteren fanden acht Aufstellung vor dem Gouvernement. Die weitere Besetzung trifft im Laufe der nächsten Tage hier ein.

Der Verkehr über die Straßenbrücke bleibt, wie zuverlässig verlautet, bis auf weiteres ohne Einschränkung. Auch die Straßenbahn nach den Stadtteilen Kastel und Kothheim kann ungehindert verkehren. Nach einer Meldung des „Echo des Paris“ wird das 21. Armeekorps unter General Mangins Mainz besetzen.

Bereits im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden die Wachen bezogen. Die Besatzung steht unter dem Befehl des Obersten Soybed, der im „Holländischen Hof“ Wohnung genommen hat.

Von den gestern eingetroffenen Truppen wurde eine Abteilung in die Zitadelle und eine andere nach Uplerborn gelegt. Die Offiziere nahmen Quartier in Hotels.

Der Verkehr ist von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens untersagt; auch die Straßenbrücke Mainz-Kastel ist nur während dieser Zeit gesperrt.

Der Mainzer Kopf der Straßenbrücke ist seit verschlossener Nacht auf beiden Seiten der Brücke durch ein französisches Wachkommando besetzt. Vor den Wachtürmen stehen zwei Mann mit aufrechter Bajonett, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Auch an der Hauptwache, dem Stadthaus und anderen Gebäuden befinden sich französische Posten.

Der Telegraphen- und Fernsprecheverkehr nach Worms und dem gesamten rechtsrheinischen Gebiet ist seit dem 9. Dezember auf Befehl des mit der Uebernahme des Telegraphenamtes beauftragten französischen Offiziers gesperrt.

Französische Truppendurchmärsche, deren Ziel Wiesbaden, Biebrich und andere rechtsrheinische Plätze sind, sollen am Mittwoch stattfinden.

Englischen Blättermeldungen zufolge, soll Wiesbaden als französisches Hauptquartier in Aussicht genommen sein. Zur Zeit hat Marschall Foch sein Hauptquartier in Luxemburg.

Der Zugverkehr auf der rechtsrheinischen Strecke Köln-Deutz-Bahnstein-Wiesbaden-Kastel-Frankfurt ist noch nach dem bestehenden Fahrplan im Gang. Es wird während der Tage des Vorrückens in die Brückenköpfe vielleicht mit einer Unterbrechung auf einige Tage zu rechnen sein. Die Rheineisenbahnbrücken im Gebiet des Eisenbahndirektionsbezirks Mainz und das Trajekt Bingen-Rüdesheim bleibt bis auf weiteres gesperrt.

Bermischte Nachrichten.

* **Rüdesheim, 11. Dez.** Der Zentrumswahlverein hatte am Sonntag nachmittag 4 Uhr zu einer Volksversammlung in der „Turnhalle“ eingeladen.

Der geräumige Saal war vollbesetzt. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Joh. Bapt. Müller, eröffnete und leitete die Versammlung. Der Reichstagsabgeordnete, Herr Justizrat Dr. Dahlen verbreitete sich zuerst über die Ursachen der jetzigen, über unser Vaterland eingebrochenen Katastrophe. In offener, sachlicher Weise deckte er die Missetaten auf, wie sie in der Heimat und besonders auch in der Etappe leider immer mehr um sich gegriffen hatten. Er bezeichnete es als ein Unrecht, jetzt alle Schuld auf einzelne führende Persönlichkeiten allein abwälzen zu wollen. Sodann entwarf der Redner ein geradezu erschreckendes Bild von unserer innerpolitischen Lage, von der Miswirtschaft und sinnlosen Verschwendung der jetzigen Gewalt Herrschaft. Der unheilvolle Einfluss Berlins könne nur gebrochen werden, wenn sich auch der Westen zu einer Republik, natürlich im Rahmen des deutschen Reiches, abzwinge. Mit besonderer Wärme verteidigte dann der Redner die Rechte der Kirche und Schule und zeigte sodann zum Schlusse, wie notwendig es sei, daß heute alle besonnenen Bürger und gläubige Christen, Männer und Frauen, sich zusammenschließen müßten, um Reich und Kultur zu retten. Mit einem warmen Apell an alle Männer und Frauen, bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung vollzählig an der Wahlurne zu erscheinen, schloß der Redner seine Ausführungen. Ueber Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule verbreitete sich sodann Herr Pfarrer Kohl. Mit unerbitlicher Lust ging er mit dem Programm des jetzigen Ministeriums für „Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ ins Gericht und zeigte in überzeugender und eindrucksvoller Weise, wie ein Staatswesen ohne die Kulturarbeit der Kirche nicht bestehen könne und daß die christliche Erziehung der Jugend gewahrt bleiben müsse. Herr Rektor Bertram versicherte, daß die gläubigen Lehrer auch in Zukunft die religiöse Erziehung der ihnen anvertrauten Schulpflichtigen als ihre vornehmste Aufgabe betrachten würden. Mit warmen, von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Worten bat er die Eltern, auch weiterhin die Lehrer hierin unterstützen zu wollen. Schule, Elternhaus, Kirche und Gemeinde, müßten, wie bisher, auch fernerhin Hand in Hand zusammenarbeiten. Herr Postsekretär Bungert aus Bingen zeigte in beredter Weise, daß das Zentrum die christlich demokratische Partei bis jetzt gewesen sei und auch bleibe. Der reiche Beifall, der den Rednern gezollt wurde, zeigte, daß die Umsturzideen bei den Anwesenden dieser Versammlung noch wenig Boden gefunden haben. Vom Vorstand wurde sodann folgende Resolution verlesen und von der Versammlung angenommen.

1. Das Nationaldenkmal soll uns auch in Zukunft ein Sinnbild der deutschen Reichseinheit bilden. Wir können nie solche Bestrebungen unterstützen, welche nicht die Einheit, Macht und Größe des deutschen Reiches zum Ziele haben.
2. Wir stellen uns auf den Boden der neuen Verhältnisse, verurteilen aber jede Gewalt Herrschaft von links und rechts. Die Nationalversammlung muß sobald als möglich einberufen werden. Bis dahin gilt der Reichstag als die gesetzmäßige Vertretung des deutschen Volkes.
3. Der eingerissenen Miswirtschaft und Verschwendung des Nationalvermögens muß mit allen Mitteln entgegen gewirkt werden. Die sozialistischen und bolschewistischen Wirtschaftspläne lehnen wir ab.
4. Die Lösung der Kulturfragen muß auf gezieltem Wege, nicht durch Verordnungen erfolgen. Insbesondere müssen die unveräußerlichen Rechte der Kirche und der christliche Charakter der Schule gewahrt bleiben.

Herr Lehrer Stahl, wies darauf hin, daß heute so viele Leute, die im Kriege nur für sich gesorgt hätten, plötzlich ihr demokratisches Herz entdecken. Man solle nur Leute bei den Wahlen zur Nationalversammlung wählen, die auch wirkliche Demokraten seien. Nach diesen Ausführungen schloß der Vorsitzende um 7 Uhr die Versammlung.

* **Rüdesheim, 11. Dez.** (Einführung der französischen [westeuropäischen] Zeit im besetzten linksrheinischen Gebiet.) Die Eisenbahndirektion macht bekannt: In der Nacht vom 14. zum 15. Dezember ds. Js. wird im besetzten linksrheinischen Gebiet im Eisenbahnbetriebe die französische — westeuropäische — Zeit eingeführt werden. Die Einführung geschieht in der Weise, daß am 15. Dezember früh 3 Uhr die Bahnhöfe von 3 auf 2 Uhr zurückgestellt werden. Von der dadurch erscheinenden Doppelsekunde von 2-3 Uhr nachts wird die erste mit M.E.Z., die zweite mit W.E.Z. bezeichnet werden. Die veröffentlichten Fahrpläne können nicht sofort neu gedruckt werden. Bis zum Neudruck verkehren im linksrheinischen Gebiet die Züge um 1 Stunde früher, als in diesen Fahrplänen angegeben ist. Die auf den linksrheinischen Bahnhöfen angebrachten

Emaill- und ähnliche Tafeln mit den Ankunfts- und Abfahrtszeiten am 15. berichtigt.

* **Rüdesheim, 11. Dez.** Die Reichsbekleidungsstelle hat für das Weihnachtsgeschäft verschiedene Erleichterungen eintreten lassen. Eine besondere Erleichterung wird dadurch gewährt, daß für die Zeit bis 8. Jan. 1919 für jede weibliche Person zwei Bezugsscheine für Frauen- und Mädchen-Oberkleidung auf Antrag erteilt werden. Der eine kann lauten nach Wahl entweder auf Fertigware oder auf Stoff auf ein Kleid beliebiger Art, als solches auch Rock und Bluse oder auch ein Teilstück einer Oberkleidung gerechnet. Der zweite Bezugsschein ist zu erteilen für einen Mantel (Einzelschadet oder Umhang.) Während dieser Zeit ist ferner auf Antrag für jede zu versorgende männliche Person ein Bezugsschein auf einen Männer- oder Knaben-Wintermantel (Winter-überzieher oder Umhang) oder Stoff dazu zu erteilen.

K.-A. Rüdesheim, 11. Dez. Für die landwirtschaftliche in Lohn beschäftigte Bevölkerung sind 24 Jadenkleider in dem Geschäft von Ferd. Lamby in Eltville zu haben. Es wird ersucht, die Einkäufe baldigst zu besorgen, da in einigen Wochen die unverkauften Kleider an die andere Bevölkerungsschichten verkauft werden. Der Kommunalverband hat noch Knaben-, Mädchen- und Erklärungsbeenden für die Geschäfte zu Verkauf vorrätig. Anträge um Zuteilung sind direkt an die Kreisbekleidungsstelle zu wenden.

Wiesbaden, 8. Dez. Der Fremdenverkehr ist unter der Einwirkung der Verkehrsschwierigkeiten ganz außerordentlich zurückgegangen, da auch der Besuch von Offizieren und franke Mannschaften stark nachgelassen hat. Bis zum 30. November wurden 91053 Fremde gezählt, 31222 Kurgäste und 59831 Passanten. Die durchschnittliche Tagesfrequenz in der letzten Zeit betrug nur ca. 100 Passanten und 20 Kurgäste. Die Einnahmen für die Stadt aus der Kurtaxe fallen so gut wie ganz aus. In den großen Hotels ist mehr Personal als Fremdenbesuch. Daß sich die Kur unter der bevorstehenden französischen Besetzung haben wird glaubt man nicht, indessen wollen die Hoteliers geschlossen bei dem französischen Kommandanten vorstellig werden wegen großzügiger Reklame für die Winteraison.

Wiesbaden, 9. Dez. An Stelle des vom A. u. S.-Rates abgesetzten Landrates v. Heimbürg wurde Regierungsassessor Dr. Schlitt zum Landrat des Landkreises Wiesbaden gewählt.

Mainz, 10. Dez. Ein grauenhaftes Bild wilder Zerstörung bietet gegenwärtig das von Plünderern ausgeraubte Korpsbekleidungsamt zu Mainz-Kastel. Nachdem die zu Tausenden angekommenen Räuber alle Bekleidungsstücke, Wäscheartikel, Schuh- und Lederwaren restlos fortgeschleppt hatten, ging es an den gewerksmäßigen Abbau des Gebäudes selbst. Nichts blieb mehr verschont. Geschäftsleute jeder Art holten noch heraus, was irgend zu gebrauchen war. Installateure schraubten die elektrischen Leitungsdrähte und die Lampen ab und schafften sie nach Hause, Glaser hoben die Fenster mit den Rahmen aus, Schreiner machten die Türen und Läden los und rissen die Fußböden auf, um sie für ihre geschäftlichen Zwecke zu gebrauchen. Ja sogar die Durchzugsbalken in den Zimmerdecken wurden mit Keilen heruntergeschlagen und fortgeschafft. So ist das ganze Gebäude, das zu Kleinwohnungszwecken Verwendung finden sollte, dem völligen Zusammenbruch nahe. Leider kamen bei der niederrädrigen Räuberei die in dem Korpsbekleidungsamt zu Kastel und Kothheim wohnenden Beamten sehr schwer zu Schaden. Ihre Wohnräume wurden unterchiedlos ebenso ausgeraubt, wie die Lagerräume des Amtes selbst. Manchen Familien blieb auch nicht ein Stückchen Wäsche, Kleidung oder Möbel erhalten. Sogar ihr Bargeld blühten einige ein. Genau so erging es auch dem Kantinenwirt zu Kothheim, dem die ganze Wirtschaftseinrichtung fortgeschleppt wurde. Daß es sich bei der ganzen Sache lediglich um niedrige gewinnstüchtige Räuberei handelt, zeigt die Tatsache, daß einzelne Mitglieder des Räuberbandes Hunderte von feinsten fertigen Semden, Duzende von Schuhen und Stiefeln, ganze Fuhren Leder und Stoffe fortfuhren. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf viele Millionen.

Darmstadt, 9. Dez. Das großherzogliche Hoftheater wird demnächst den Titel Hessisches Landestheater führen. Ueber die weiteren Beziehungen zum seltberigen Großherzog, der bekanntlich aus seiner Zivilliste mehrere 100 000 Mark beisteuerte, ist eine bestimmte Regelung noch nicht getroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Meier.

Stempel, in jeder Ausführung und Größe werden preiswert und schnellstens geliefert von **A. Meier** :: Rüdesheim.

Bekanntmachung.

Das von der Regierung in Wiesbaden in dem Gebäude Vertramstraße 3 seit dem 1. 12. eingerichtete Kreis-Meldamt führt von heute ab die Bezeichnung

„Kontrollamt Wiesbaden.“

Die von den Truppenteilen jetzt noch zur Entlassung kommenden Personen haben sich von jetzt ab also bei dem Kontrollamt Wiesbaden, Vertramstr. 3 anzumelden.

Versorgungs-Angelegenheiten werden ebenfalls dort geregelt.

Ueber die Auszahlung rückständiger Gebühren folgt noch besondere Bekanntmachung.

Wiesbaden, den 5. Dezember 1918.

Kontrollamt Wiesbaden.

gez. Steindorf. gez. Eichholz.

Nassauer werbet für die Deutsche demokratische Partei!

Wir fordern:

1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.
2. Sofortige Wahlen zur Nationalversammlung nach der gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.
3. Energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Neuaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauernland durch Aufteilung von Domänen und geeigneter großer Güter.
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungsgeschäfte im Reich, Staat und Gemeinde und vor allem

Frieden, Arbeit und Brot!

Anmeldungen zur Deutschen demokratischen Partei erfolgen bei den Ortsvereinen oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Wiesbaden, Bachmayerstraße 10.

Weihnachten in Bethel.

In unruhiger und dunkler Zeit sehnt sich die Welt nach Licht und Frieden. Friede auf Erden und Licht für die trauernden Herzen, das wünschen wir uns alle als größtes Weihnachtsgeschenk. Darum blicken wir aus Not und Leid der Erde auf das himmlische Kind, das arm wurde, um uns durch seine Liebe reich zu machen.

Ein Abglanz dieser ewigen Liebe sollen die Weihnachtsgaben sein, um die wir wiederum die Freunde von Bethel bitten. Fast 3500 Kranke, Kinder und Heimatlose sind hier gesammelt. Dazu kommen die verwundeten Krieger, von denen nun schon fast 23000 hier gepflegt wurden und etwa 1800 unsere Weihnachtsgäste sein werden. Für alle hoffen wir auf eine kleine Gabe. Je schwerer die Zeit, um so mehr Hilfe haben wir nötig. Alles nehmen wir dankbar an: Kleidungsstücke, Tabak und Zigarren, Bilder, Bücher, Spiele oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreuen kann. Je eher es geschieht wird, um so dankbarer sind wir.

Mit herzlichem Weihnachtsgruß an die Freunde von Bethel

F. v. Bodenschwingh, Pastor.

Bethel bei Bielefeld, im November 1918.



Küchenstreifen - Schrankpapier

Sorten- und Butterbrotpapier

empfehlen

A. Meier, Kirchstraße, Rüdeshheim.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, Schwiegervaters und Grossvaters

Herrn Paul Becker

sagen wir Allen, sowie für die Kranzspenden, ganz besonders für die ehrenden Nachrufe des Gewerbevereins und der Fortbildungsschule zu Rüdeshheim und des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe im Rheingaukreis unsern herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Rüdeshheim a. Rh., den 11. Dezember 1918.

Freiwillige Versteigerung.

Am Donnerstag, den 12. Dezember d. J., vormittags 10 1/2 Uhr,

läßt Frau Witwe Josef Schmelzeis in ihrem Hause, Böhrstraße Nr. 3 dahier, durch den Unterzeichneten die nachverzeichneten

Fuhrgeräte pp.

öffentlich, meißbietend, freiwillig, gegen gleich bare Zahlung versteigern:

Ein Einspanner- und ein Zweispänner-Leiterwagen, ein Stellkarren, zwei Schubladen, ein Jauchefass, ein Herbstkarren, zwei Eadfässer, zwei Eggen, ein Pflugkarren, verschiedene Pflüge, ein Landauerwagen, ein zweispänn. Chaisefeschirr, div. Sättel, Kummerte, Ketten und dergl. mehr.

Rüdeshheim, den 8. Dezember 1918.

Schnellert,

Gerichtsvollzieher in Rüdeshheim a. Rh.

Verkaufe per sofort meinen

Garten

in der „Sieleh“, gut bebaut mit gr. Birnbaum, Kirschbaum, 12 Apfelbäume, Hochstämme u. Zwergobst, 4 Birnbäume, Zwergobst, 5 Zwetschenbäume, 2 Birnsich und 2 Aprikosenspalieren, 70 Johannisbeer- und 14 Stachelbeersträucher, mit Brunnen und festem Gartenhaus. Gef. Angeb. an Herrn Peter Murr, Feldstraße 27.

Lehrer A. Müller.

Arbeitsnachweistelle Rüdeshheim am Rhein

Telefon 159. Bürozeiten: vorm. 8-12, nachm. 3-6 Uhr. Kirchstr. 10.

Offene Stellen.

- 1 Hofenschneider auf Woche.
- 1 Weinbergarbeiter für Hofgut.
- 1 Waschfrau.
- 1 Monatsmädchen.
- 10 Hausmädchen.
- 3 Frauen zur ständigen Reinigung der Volksschule.

Stellengesuche.

- 2 Fuhrknechte.
- 1 Küfer.
- 1 Schlosser.
- 1 Buchhalter.
- 3 Tagelöhner.

Wohnungsnachweis.

Freie Wohnung.

- 1 Wohnung.
- 2 Zimmer und Küche.

Wohnungsgesuche.

- 2 Wohnungen.
- 3 Zimmer, Küche und Zubehör.
- 1 Wohnung, 3 Zimmer und Zubehör für 15. 2. 19.
- 1 Wohnung, 5 Zimmer u. Zubehör, womögl. elektr. Licht.

Briefpapier in verschiedenen Formaten, lose, in
Wappen und Staffetten
empfehlen
A. Meier.